

- 3 **Karriere** Benachteiligt im Homeoffice
- 4 **Koalitionsverhandlungen** Agenda für mehr Tarifbindung
- 5 **Backwarenbranche** Mehr Minijobs und Azubis
- 6 **Transformation** Lernen für die Wende
- 7 **Sozialstaat** Große Mehrheit gegen Sozialabbau

ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN

Finanzpolitische Zeitenwende

Massive Investitionen sowohl in die Verteidigung als auch in die Infrastruktur sind eine angemessene Antwort auf die ökonomische und weltpolitische Malaise.

Union und SPD haben sich mit den Grünen darauf geeinigt, Verteidigungsausgaben ab einer Höhe von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts von der Schuldenbremse auszunehmen und über ein Sondervermögen 500 Milliarden Euro in die Infrastruktur zu investieren. Laut IMK-Direktor Sebastian Dullien sind die Pläne geeignet, „eine echte Zeitenwende auch für die Finanzpolitik“ einzuleiten. Verantwortlich für die deutsche Wachstumschwäche seien die Unsicherheit über den weiteren finanzpolitischen Kurs, hektisches Kürzen und Abgabenerhöhungen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Schuldenbremse und eine weiter verfallende Infrastruktur gewesen. Mit einem Finanzpaket, das sowohl für Verteidigung als auch für Infrastruktur mehr Geld vorsieht, könnten schnell stabile Rahmenbedingungen geschaffen und die dringend notwendige Sanierung der Infrastruktur auf den Weg gebracht werden. „Damit dürfte auch die Stimmung bei den Unternehmen schnell nach oben drehen, weil sich absehbar die Standortbedingungen in Deutschland verbessern.“

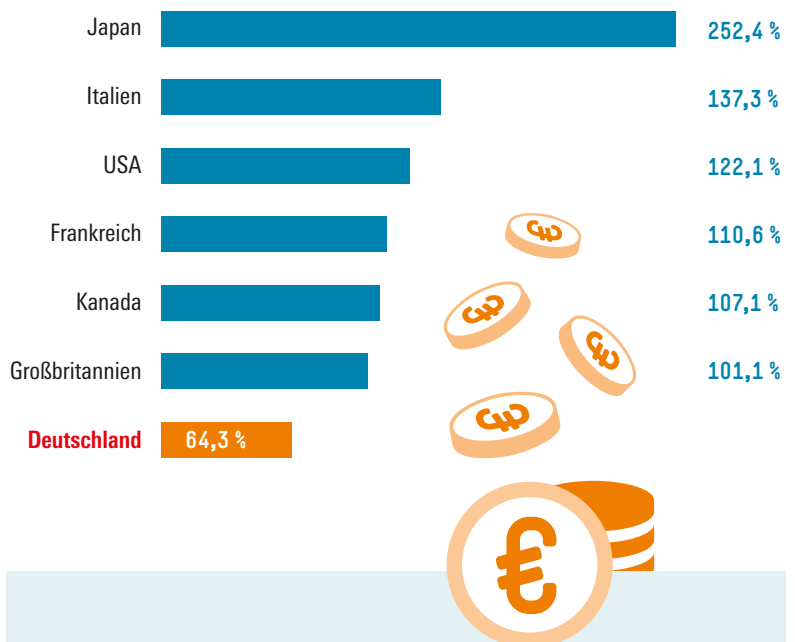
Bislang ist das IMK für das laufende Jahr von einem Mini-Wachstum von nur 0,1 Prozent ausgegangen. Gelingt die schnelle Umsetzung eines umfassenden Finanzpakets, sei bereits in der zweiten Jahreshälfte mit einer deutlichen Beschleunigung des Wachstums zu rechnen, erklärt Dullien. Das würde zwar aus statistischen Gründen das Jahr 2025 nicht mehr groß beeinflussen. Für die kommenden Jahre wären aber wieder normale Wachstumsraten von jeweils 1,5 bis 2 Prozent möglich – solange keine neuen Schocks der Wirtschaft zusetzen.

Der Ökonom hebt hervor, dass das Sondervermögen Infrastruktur den größten Teil des vom IMK und dem Institut der deutschen Wirtschaft gemeinsam berechneten Bedarfs in Höhe von 600 Milliarden Euro über zehn Jahre abdecken

würde. Generell müsse darauf geachtet werden, dass finanzierte Projekte technisch reibungslos umgesetzt werden. Die Regierung sollte Planungsverfahren straffen, zugleich

Deutschland hat viel Spielraum für Investitionen

Der Anteil der Staatsverschuldung am Bruttoinlandsprodukt betrug 2023 in ...



Quelle: Dullien 2025

Hans Böckler
Stiftung

müsse sichergestellt werden, dass Gelder für Investitionen nicht missbräuchlich anderweitig verwendet werden.

Deutschland wären mehrere wirtschaftspolitisch verlorene Jahre erspart geblieben, wenn die Politik früher umgesteuert hätte, betont Dullien. „Trotzdem ist der Union hoch anzurechnen, dass sie nun die Notwendigkeit der Reform des Finanzrahmens eingesehen hat. > > > >“

Die Schuldenbremse war nie eine ökonomisch gute, sondern lediglich eine Schönwetterkonstruktion. Sie hat für die 2010er-Jahre einigermaßen gut funktioniert. Danach hat sie Deutschland vor allem geschadet.“ Es sei eine gute Nachricht für das Land, dass sich die Union jetzt „pragmatisch auf eine Problemlösung einlässt. Wenn die neue Regierung auch in anderen Bereichen derart handelt, könnte sich vieles in Deutschland zum Besseren wenden.“

Wie wichtig es ist, in der aktuellen Situation auch massiv in die öffentliche Infrastruktur zu investieren, illustriert eine Kurzstudie von Dullien, die auf Ergebnissen der IMK-Forscher Sebastian Watzka und Christoph Paetz aufbaut. Diese hatten anhand von Simulationsrechnungen gezeigt, dass auch bei einer zusätzlichen Kreditaufnahme für Investitionen von 600 Milliarden Euro über die kommenden zehn Jahre die Schuldenquote Deutschlands kontinuierlich weiter fallen und selbst kurzfristig den aktuellen Wert von knapp über 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten würde.

Auf lange Sicht besser finanzierte Bundeswehr

Eine zusätzliche Kreditaufnahme von 200 Milliarden Euro für Verteidigung würde nach Dulliens neuen beispielhaften Berechnungen zwar für das Jahr 2035 die Schuldenquote um etwa 3,5 Prozentpunkte erhöhen, diese bliebe aber deutlich unter 70 Prozent – weit unter dem Niveau, das andere Länder der G7-Gruppe aktuell aufweisen. Angesichts der gegenwärtigen Ausnahmesituation sei das ein „absolut vertretbarer Preis“, sagt der Wissenschaftler.

Mittel- und längerfristig würde ein kreditfinanziertes Investitionsprogramm sogar die nachhaltige Finanzierung von Verteidigungsausgaben erleichtern. Denn wie die Studie von Watzka und Paetz zeigt, erhöht es nach einigen Jahren massiv die Wirtschaftsleistung – und damit die Einnahmen der öffentlichen Hand. Die Regierung hätte mehr Spielraum für Verteidigungsausgaben, ohne an anderer Stelle kürzen zu müssen.

So ergibt sich in einem konservativen Szenario, bei dem positive Zusammenhänge zwischen mehr öffentlichen und

zusätzlichen privaten Investitionen nur rudimentär betrachtet werden, bis 2045 durch das Investitionsprogramm ein kumulierter Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um rund 2130 Milliarden Euro. In einem realistischen Szenario, das diese mittlerweile in der Forschung gut belegten Zusammenhänge einbezieht, sogar um gut 4750 Milliarden Euro. Bei einer Steuer- und Abgabenquote von knapp 50 Prozent ergeben sich so für die öffentliche Hand zusätzliche Einnahmen von gut 1000 Milliarden Euro nach konservativer Schätzung oder mehr als 2300 Milliarden im realistischen Szenario, rechnet Dullien vor. „Oder anders ausgedrückt: Selbst nach konservativer Schätzung ergäben sich etwa fünfmal so viele zusätzliche Staatseinnahmen, wie heute für ein neues Sondervermögen Bundeswehr diskutiert werden, im realistischen Szenario mehr als elfmal so viele Einnahmen.“

Schließlich wäre eine öffentliche Investitionsoffensive auch für eine andere Frage wichtig, die angesichts der veränderten geopolitischen Lage gestellt wird: Wie könnte die deutsche Wirtschaft eine – ebenfalls diskutierte – Wiedereinführung der Wehrpflicht verkraften? Schließlich könnte das zu verschärftem Fach- und Arbeitskräftemangel führen. Dullien geht auch bei diesem Thema von entlastenden Effekten aus: „Da eine Modernisierung der Infrastruktur die Produktivität der Beschäftigten in der Wirtschaft insgesamt erhöht, könnte der höhere Personalbedarf der Bundeswehr durch eine Wehrpflicht besser verkraftet werden.“ <

Quelle: Sebastian Dullien: Eine Lockerung der Schuldenbremse nur für Verteidigung wäre ökonomisch falsch, IMK-Kommentar Nr. 13, März 2025 [Link zur Studie](#)



MEHR HÖREN

Union und SPD planen massive Investitionen. Was dieser Kurswechsel für Deutschland bedeutet, ordnet IMK-Direktor Sebastian Dullien im Podcast **Systemrelevant** ein.

www.boeckler.de/de/podcasts-22421-die-merz-wende-und-investitionen-67422.htm

Mehr Einnahmen durch mehr Investitionen

So würde sich ein öffentliches Investitionsprogramm in Höhe von **600** Milliarden Euro bis 2045 auf die Staatseinnahmen auswirken in einem ...

konservativen Szenario
+ 1000 Milliarden Euro

realistischen Szenario
+ 2300 Milliarden Euro



Quelle: Dullien 2025

Hans Böckler
Stiftung

Benachteiligt im Homeoffice

Wer regelmäßig von zu Hause aus arbeitet, hat oft schlechtere Aufstiegschancen. Mit einer Betriebsvereinbarung zur mobilen Arbeit verschwindet dieser Nachteil.

Die Coronakrise hat den Trend zum Homeoffice beschleunigt. Auch nach der Pandemie ist der Anteil derer, die regelmäßig von zu Hause aus arbeiten, deutlich höher als in den Jahren zuvor. Das hat viele Vorteile: Es ermöglicht eine selbstbestimmtere Gestaltung der Arbeit und kann die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben erleichtern. Bekannt sind aber auch Schattenseiten, etwa wenn die Grenzen zwischen Arbeit und Privatleben verschwimmen. Weniger wissenschaftlich erforscht ist, wie sich seit der Corona-Pandemie regelmäßiges Arbeiten im Homeoffice auf die berufliche Karriere auswirkt. Bislang gab es dazu lediglich erste Untersuchungen aus den USA und Großbritannien. Für Deutschland legen nun Yvonne Lott vom WSI, Senhu Wang von der National University of Singapore und Heejung Chung vom King's College in London eine erste Analyse vor. In einem Experiment konnten die Forschenden zeigen, dass Beschäftigte aufgrund von Homeoffice eine Stigmatisierung erfahren, die zu beruflichen Nachteilen führen kann. Um der Benachteiligung entgegenzuwirken, sei eine Formalisierung und Normalisierung von Homeoffice notwendig, so die Studie. „Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Etablierung eines formalen Rechts auf Homeoffice“, sagt Bettina Kohlrausch, wissenschaftliche Direktorin des WSI.

In dem Experiment sollten rund 5000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der WSI-Erwerbspersonenbefragung auf einer Skala von 0 bis 10 angeben, inwieweit sie eine fiktive Kandidatin oder einen fiktiven Kandidaten für eine bestimmte Stelle empfehlen würden. Zusätzlich wurde erhoben, wie die Befragten die Arbeitsbereitschaft und Produktivität dieser Person einschätzen. Als Grundlage diente eine Art Steckbrief, der unter anderem Angaben zu Alter, Geschlecht, Kindern und Häufigkeit von Homeoffice enthielt. Beispiel: „Daniel Müller, 35 Jahre alt, hat zwei Kinder und einen Masterabschluss in Wirtschaftswissenschaften und Management. Er arbeitet in Vollzeit und hat im letzten Jahr regelmäßig ein bis zwei Tage pro Woche zu Hause gearbeitet.“

Generell lässt sich festhalten: Je mehr jemand im Homeoffice arbeitet, desto schlechter ist das nach der Studie für den beruflichen Aufstieg. Bei Personen, die nicht von zu Hause aus arbeiten, wird die Empfehlung einer Beförderung mit durchschnittlich 7,3 bewertet, bei ein bis zwei Tagen Homeoffice pro Woche mit 7,1 und bei drei bis vier Tagen pro Woche nur noch mit 6,6. Diejenigen, die von zu Hause aus arbeiten – insbesondere an drei oder vier

Tagen in der Woche – werden von den Befragten tendenziell als weniger engagiert und weniger produktiv eingeschätzt als diejenigen, die an fünf Tagen in der Woche vor Ort im Unternehmen tätig sind.

Kinderlose kommen schlecht weg

Am schlechtesten bewertet werden kinderlose Männer und Frauen sowie Väter, wenn sie drei bis vier Tage im Homeoffice arbeiten. Zwar werden auch Mütter, auf die das zutrifft, seltener für eine Beförderung empfohlen, für sie ist die Stigmatisierung im Vergleich zu den anderen Gruppen aber am geringsten. Offenbar wird Müttern, die

Kinder betreuen, am ehesten zugestanden, dass sie nicht vor Ort präsent sein müssen. Aber auch wenn sie in diesem Punkt mehr Verständnis erwarten können, haben Mütter, wie andere Studien zeigen, mit zahlreichen anderen Nachteilen im Berufsleben zu kämpfen.

Eine Rolle spielt auch die Verbreitung im Unternehmen: Wenn nur ein kleiner Teil der Beschäftigten im Homeoffice arbeitet, ist die Stigmatisierung besonders groß. Arbeitet mehr als die Hälfte der Beschäftigten regelmäßig von zu Hause aus, macht es fast keinen Unterschied mehr für eine mögliche Beförderung, ob je-

mand fünf Tage die Woche im Betrieb oder ein bis zwei Tage daheim arbeitet.

Betriebsvereinbarungen können Nachteile aufheben

Die Stigmatisierung ist für alle deutlich geringer, wenn es eine allgemeine Betriebsvereinbarung zur mobilen Arbeit gibt. Gilt eine solche Vereinbarung für alle Beschäftigten des Unternehmens, haben Bewerberinnen und Bewerber für eine Beförderung keinen Nachteil, wenn sie ein oder zwei Tage pro Woche von zu Hause aus arbeiten. Auch bei drei bis vier Tagen ist der Nachteil sehr gering. Aber: Betriebsvereinbarungen nur für bestimmte Gruppen wie Eltern oder Mütter helfen nicht weiter. Sie haben laut Studie genauso wenig Wirkung wie gar keine Vereinbarung. „Betriebsräte sind also gut beraten, eine Vereinbarung zum hybriden Arbeiten für alle Beschäftigtengruppen abzuschließen und damit die Verbreitung der Homeoffice-Nutzung im Betrieb zu fördern“, so die Forschenden. <

Quelle: Yvonne Lott, Senhu Wang, Heejung Chung: *Kariereknick durch Homeoffice? Empirische Evidenz eines Experiments*, WSI Policy Brief Nr. 87, März 2025 [Link zur Studie](#)



Agenda für mehr Tarifbindung

Die künftige Bundesregierung sollte sich die gesetzliche Stärkung von Tarifautonomie und Tarifbindung auf die Fahne schreiben.

Mehr als 120 Forschende rufen in einem gemeinsamen Appell Union und SPD dazu auf, die Tarifautonomie zu stärken und im Koalitionsvertrag konkrete gesetzliche Regelungen für mehr Tarifbindung zu vereinbaren. Den Aufruf initiiert hat die interdisziplinäre Forschungsgruppe „Stärkung der Tarifbindung“, die von der Hans-Böckler-Stiftung unterstützt wird. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, die überwiegend Professuren in den Wirtschafts-, Sozial- und Rechtswissenschaften innehaben, argumentieren, dass eine hohe Tarifbindung Niedriglöhne, Armut und soziale Ungleichheit reduziert. Das habe nicht nur gesamtwirtschaftlich positive Auswirkungen, sondern stärke auch die Demokratie. Gleichzeitig könnten die Tarifparteien in Tarifverträgen am besten die vielfältigen Besonderheiten unterschiedlicher Branchen berücksichtigen und „auf Augenhöhe flexibel auf wirtschaftliche und soziale Veränderungen reagieren, um Arbeitsplätze zu sichern“, heißt es in dem Aufruf. Die internationale Forschung zeige, „dass in Ländern mit koordinierten Lohnsystemen und hoher Tarifbindung eine hohe Einkommensgleichheit mit vergleichsweise hohen Beschäftigungsquoten und geringer Arbeitslosigkeit einhergeht“. Zudem könne bessere Bezahlung nach Tarif wichtige Anreize zur Fachkräftequalifizierung setzen. Eine Erhöhung der Tarifbindung sei damit „nicht nur sozial erwünscht, sondern auch ökonomisch machbar und sinnvoll“.

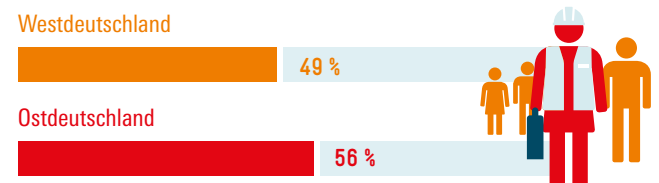
In ihrem Aufruf erinnern die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler daran, dass die Bundesrepublik bis Mitte der 1990er-Jahre eine im internationalen Vergleich geringe Einkommensungleichheit auswies. Der wichtigste Grund hierfür sei eine hohe Tarifbindung gewesen. Rund 85 Prozent aller Beschäftigten wurden nach einem Tarifvertrag bezahlt, aktuell sind es nur noch 49 Prozent. Die Folgen seien gravierend: „Das Versprechen, mit harter Arbeit und einer guten Ausbildung zur Mittelschicht zu gehören, gilt vielfach nicht mehr.“ Der Niedriglohnsektor in Deutschland sei vergleichsweise groß. Die mittleren Einkommensgruppen schrumpften. Beschäftigte ohne Tarifvertrag verdienen nach aktuellen Untersuchungen des WSI im Schnitt gut zehn Prozent weniger als vergleichbare Beschäftigte mit Tarifvertrag – obwohl sie pro Woche auch eine knappe Stunde länger arbeiten müssen. Das trage indirekt auch zu Fachkräftemangel bei: „In prekären Einkommensmilieus wird weniger in Bildung investiert, so dass Fachkräfte fehlen“, warnen die Fachleute.

Der vor gut zehn Jahren eingeführte gesetzliche Mindestlohn unterbinde zwar Dumpinglöhne am unteren Rand und habe dazu beigetragen, den Niedriglohnsektor etwas zu begrenzen. Als Lohnuntergrenze könne er aber nicht die Einkommensmitte sichern. Nur Tarifverträge mit ihren differenzierten Entgeltgruppen stellten sicher, dass unterschiedliche Qualifikationen, Arbeitsanforderungen und Funktionen angemessen entlohnt werden.

Die Tarifparteien sind nach Analyse der Forschenden in der Lage, für Kernbereiche der Wirtschaft gute Arbeitsbedingungen auszuhandeln. Ihre Gestaltungsmacht reiche aber nicht mehr in die gewachsenen tariflosen Zonen des Arbeitsmarktes. Zur Wiederherstellung des sozialen Gleichgewichts sei politische Unterstützung notwendig. Aus der internationalen Arbeitsforschung leiten die Fachleute eine Reihe von Instrumenten ab, mit denen der Abwärtstrend bei der Tarifbindung gestoppt und die Tarifautonomie wieder gestärkt werden kann.

Lückenhafte Tariflandschaft

Keinen Tarifvertrag hatten 2023 von den Beschäftigten in ...



Quelle: Hohendanner, Kohaut 2024

Hans Böckler
Stiftung

Zu diesen Instrumenten gehört eine Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung. Künftig sollte es wieder ausreichen, dass nur eine Tarifpartei den Antrag stellt. Dem Antrag sollte nur dann nicht stattgegeben werden, wenn sich der Tarifausschuss mehrheitlich dagegen ausspricht. Außerdem empfehlen die Forschenden die Einführung eines Bundestariftreuegesetzes. Danach dürfen bei der Vergabe von Aufträgen des Bundes nur noch Unternehmen berücksichtigt werden, die sich an Tarifverträge halten. Auch öffentliche Fördermittel, Wirtschaftshilfen und Subventionen ab einer bestimmten Höhe sollten an Tariftreue geknüpft werden. Um Tariffucht zu erschweren, sollten die Tarifbindung bei Restrukturierungen nicht mehr verkürzt und die Nachwirkung von Tarifverträgen generell gestärkt werden. Darüber hinaus müssten vor allem die digitalen Zugangsrechte von Gewerkschaften zu den Beschäftigten ausgebaut und Maßnahmen zur Behinderung von Betriebsräten stärker bestraft werden. Anreize zum Gewerkschaftsbeitritt könnten dadurch gestärkt werden, dass Mitgliedsbeiträge vollständig steuerlich abgesetzt und in Tarifverträgen effektive Mitgliedervorteilsregelungen vereinbart werden können. Die Arbeitgeberverbände sollten in ihrer Funktion als Tarifvertragspartei gestärkt werden, indem Mitgliedschaften ohne Tarifbindung aufgehoben werden. <

Quelle: Tarifautonomie schafft faire Arbeit, fördert soziale Gerechtigkeit und sichert demokratische Teilhabe – Für eine Stärkung der Tarifbindung [Link zur Studie](#)

Mehr Minijobs und Azubis

Der Backwarenbranche machen Fachkräftemangel und hohe Arbeitsbelastung zu schaffen. Immerhin hat sich der Abwärtstrend bei Beschäftigung und Azubis zum Teil gedreht.

Die Backwarenbranche in Deutschland steckt im Strukturwandel. Der trifft in besonderer Weise das Bäckereihandwerk, das seit Jahren schrumpft, während die Brotindustrie expandiert. Das zeigen erste Ergebnisse des neuen „Bäckerei-Monitors“, einer umfassenden Branchenanalyse und Beschäftigtenbefragung, die die Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit der NGG fördert. Neben einer Literaturanalyse und der Auswertung von Statistiken wurden 27 Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden, NGG und Betrieben geführt. Zusätzlich hat die NGG zwischen Oktober 2024 und Februar 2025 eine bundesweite Onlinebefragung durchgeführt, an der sich knapp 1400 Beschäftigte der Branche beteiligt haben.

Während der Gesamtumsatz der Backwarenbranche mit ihren 282 000 Beschäftigten infolge einer zunehmenden Dominanz von Großfilialisten und Brotindustrie auf 21,8 Milliarden Euro im Jahr 2023 gestiegen ist, hat die Zahl der Betriebe des Bäckereihandwerks allein in den letzten zehn Jahren um 30 Prozent abgenommen. Seit 2014 sind mehr als 20 000 Arbeitsplätze im gesamten Backgewerbe verloren gegangen. Gleichzeitig stieg der Anteil der Teilzeitkräfte unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 30 auf 39 Prozent. Seit 2022 stabilisiert sich der Markt: Die Zahl der Beschäftigten hat – parallel zur sich erholenden Geschäftsentwicklung vieler Betriebe – bis 2024 insgesamt um 2000 zugenommen.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs ist seit 2022 jedoch um 6500 zurückgegangen, das Wachstum ist allein auf ein Plus von 8500 Minijobs zurückzuführen. Diese Entwicklung sehen sowohl Christina Schildmann, Leiterin der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung, als auch Studienautor Stefan Stracke und die Gewerkschaft kritisch, weil sie eine Verschiebung hin zu weniger stabilen und tendenziell schlechter abgesicherten Arbeitsverhältnissen zeigt.

Doch es gibt aktuell auch Lichtblicke für den Handwerksberuf. Bei der Zahl der Azubis zur Bäckerin oder zum Bäcker gab es 2024 ein Plus von 11,4 Prozent, bei den Fachverkäuferinnen und -verkäufern im Bäckerhandwerk sogar von 22,5 Prozent. In den Jahren zuvor war die Zahl der Auszubildenden in der Branche stetig rückläufig gewesen.

Laut Beschäftigtenbefragung werden Arbeitsintensität und körperliche Anforderungen insgesamt als hoch einge-

schätzt. 86 Prozent der Befragten erleben oft oder sehr häufig Zeitdruck und Stress. Ebenfalls 86 Prozent berichten, dass oft oder sehr häufig Personal fehle. Um Personal zu finden, haben einige Betriebe des Bäckerhandwerks ihren Suchradius bei der Rekrutierung von Azubis nach Südostasien und Nordafrika ausgeweitet. Während sich die Zahl der Auszubildenden im Backgewerbe allein in den letzten zehn Jahren fast halbiert hat, steigt sie bei Auszubildenden mit ausländischer Herkunft. Rund ein Viertel der Auszubildenden hat einen Migrationshintergrund, vor zehn Jahren waren es weniger als neun Prozent.

„Eine potenzielle Maßnahme, um die Arbeitsbedingungen und Attraktivität gerade des Bäckereihandwerks nachhaltig zu verbessern, wäre die Verlagerung von Prozessen von der Nacht- in die Tagproduktion“, so Stracke. Helfen

Prekäres Backen

einen **Minijob** hatten 2024 von den 282 000 Beschäftigten in der Backwarenbranche ...

28,7%



Quelle: Stracke 2025

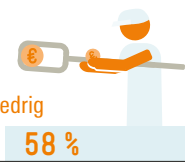
Von den Azubis in der Backwarenbranche ...

wissen nicht, ob sie nach der Ausbildung übernommen werden

73%

empfinden ihre Vergütung als zu niedrig

58%



Hans Böckler Stiftung

könnten dabei zum Beispiel Schockfrostern und Gärunterbrechung sowie Veränderungen der Teigführung. „Dadurch können die Teige schon tagsüber vorbereitet und geknetet werden, nachts wird dann nur noch gebacken“, erläutert Stracke. Laut Interviewten ist eine solche Verlagerung von Prozessen in der Breite eher noch selten zu beobachten. Auch hier gebe es jedoch eine Reihe von positiven Beispielen.

Zur Bewältigung des Personal- und Fachkräftemangels seien darüber hinaus umfassendere Strategien erforderlich, die die Attraktivität von Arbeitgebern und Berufsbildern stärken, betont Schildmann. Als wesentliche Bausteine dafür hebt Branchenexperte Stracke bessere Bedingungen unter anderem bei Entgelt, Planbarkeit der Arbeitszeiten, Überstundenausgleich, flexiblen Angeboten für eine bessere Work-Life-Balance, lebensphasenorientierten Arbeitszeitmodellen, Gesundheitsvorsorge, Entwicklungs- und Karriereperspektiven, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten und der Arbeitsatmosphäre hervor. <

Lernen für die Wende

Eine klimaneutrale Wirtschaft ist nicht zum Nulltarif zu haben. Aber Geld ist nicht alles: Neue Qualifikationen sind gefragt – und Weiterbildungsanstrengungen der Unternehmen.

Eine Wärmepumpe ist keine Ölheizung. Kreislauforientierte, energiereduzierte Landwirtschaft funktioniert anders als Massentierhaltung und auf maximalen Ertrag ausgerichteter Ackerbau. Neben den traditionellen Stahlbeton treten neue Baustoffe mit besserer CO₂-Bilanz, die ganz anders verarbeitet werden müssen. Kurz: Die Beschäftigten müssen viel Neues lernen. Und sie haben auch großes Interesse daran, wie eine Befragung von 2000 Beschäftigten in Deutschland zeigt, die Felix Schulz und Vera Trappmann von der Universität Leeds im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt haben. Demnach wären 27 Prozent der Beschäftigten bereit, in einen grünen Job zu wechseln. Weil sie den Klimawandel aufhalten wollen, sich die Arbeit interessant vorstellen und von einer guten Zukunftsperspektive in der Nachhaltigkeitsbranche ausgehen.

44 Prozent der befragten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer glauben außerdem, dass für viele der bestehenden Arbeitsplätze in der eigenen Branche Fort- oder Weiterbildungen mit Blick auf die ökologische Transformation erforderlich sein werden. 30 Prozent sehen für sich selbst Weiterbildungsbedarf.

Grüne Weiterbildung? Fehlanzeige!

Allerdings sind Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, in denen es um Klimaneutralität oder andere ökologische Fragen geht, in Unternehmen bislang dünn gesät. 45 Prozent der Befragten gaben an, in den vergangenen zwölf Monaten an betrieblichen Schulungen teilgenommen zu haben. Nur 7 Prozent davon berichten von Weiterbildungen zu ökologischen Themen. Zum Vergleich: Um Aspekte der Digitalisierung ging es bei 19 Prozent der Angebote.

Bezogen auf alle Beschäftigten, nicht nur diejenigen, die sich in letzter Zeit fortgebildet haben, fällt die Quote noch niedriger aus: Gerade 3 Prozent haben an Schulungen zum Thema Dekarbonisierung, Klimawandel oder Nachhaltigkeit teilgenommen. Die Mehrheit tat das freiwillig und nicht, weil Vorgesetzte sie dazu verpflichtet hätten.

Diese Zahlen, so Schulz und Trappmann, deuten auf ein Dilemma hin: Während die Beschäftigten bereit sind, sich beim Thema Klima und Dekarbonisierung weiterzubilden, bieten Arbeitgeber in Deutschland nicht genügend Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen an. Die Unternehmen verpassten damit die Chance, Beschäftigte auf den bevorstehenden Wandel vorzubereiten. Die Dekarbonisierung sollte ihnen aber mindestens genauso wichtig sein wie die Digitalisierung. Investitionen in die Qualifizierung seien wichtig für den Standort Deutschland, könnten weiteres Interesse an grünen Arbeitsplätzen wecken sowie Unsicherheit und Angst vor Jobverlusten verringern. Auch der Staat sei gefragt, klimabezogene Fortbildung zu unterstützen, etwa im Rahmen seiner Nationalen Weiterbildungsstrate-

Weiterbildung: Klima kommt zu kurz

Von allen Beschäftigten haben in den vergangenen zwölf Monaten eine berufliche Fort- und Weiterbildung zu den Themen Dekarbonisierung, Klimawandel oder Nachhaltigkeit absolviert ...



Dass entsprechende Bildungsmaßnahmen in ihrem Job nötig sind, glauben ...



Quelle: Trappmann, Schulz 2025

Hans Böckler Stiftung

gie. Die 600 000 zusätzlichen Stellen durch die grüne Transformation, mit denen eine Studie der Bertelsmann-Stiftung bis 2040 rechnet, wollen besetzt sein.

Dass mangelndes Interesse an ökologischen Themen auf Seiten der Beschäftigten nicht das Problem ist, macht übrigens ein weiteres Ergebnis der Untersuchung deutlich: 9 Prozent bilden sich in diesem Bereich in ihrer Freizeit weiter. Dreimal so viele wie im Job. <

Quelle: Felix Schulz, Vera Trappmann: Beschäftigte wollen Klimaneutralität: Unternehmen und Politik müssen mehr in Aus- und Weiterbildung investieren, Februar 2025

Große Mehrheit gegen Sozialabbau

Leistungen kürzen oder Teile der Sozialversicherungen privatisieren? Eine Mehrheit ist dagegen. Die meisten würden höhere Beiträge akzeptieren, um das soziale Sicherungsniveau zu halten.

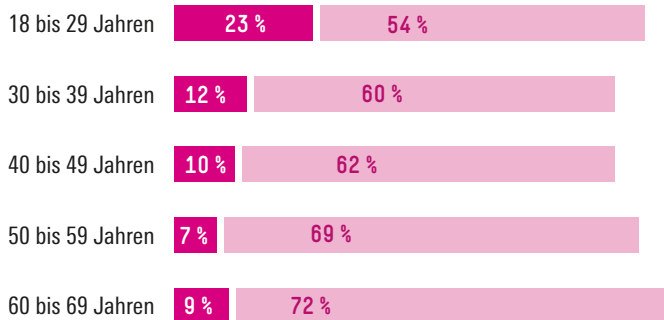
Wenn die öffentlichen Finanzen angespannt sind, lassen die Vorschläge für Einsparungen im Sozialbereich nicht lange auf sich warten. Um der Bevölkerung Sozialkürzungen schmackhaft zu machen, stellen die Anhänger des schlanken Staats niedrigere Beiträge oder Steuern und größere Entscheidungsspielräume bei der privaten Vorsorge in Aussicht. Aber überzeugt das die Menschen? Gibt es größere Gruppen in der Bevölkerung, die des bestehenden Sozialstaats überdrüssig sind? Um Antworten zu finden, haben die Arbeitnehmerkammer Bremen und die Arbeitskammer des Saarlandes zusammen mit dem DGB eine repräsentative Befragung unter rund 3000 Menschen in Deutschland in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse – Stand Dezember 2024 – sind eindeutig: Der Sozialstaat findet großen Zuspruch bei den Wählerinnen und Wählern aller Parteien.

Für ein Gemeinwesen ohne staatliche Beteiligung an der Absicherung von Lebensrisiken plädieren lediglich 3 Prozent der Befragten, 12 Prozent wollen, dass „nur ein Mindestmaß“ an sozialer Sicherung verpflichtend sein und automatisch erfolgen sollte. Dagegen sagen 52 Prozent, dass das für einen Großteil der sozialen Sicherung gelten sollte. Weitere 28 wünschen sich dies für die gesamte soziale Sicherung.

Dass die soziale Sicherung ganz oder zum größten Teil durch den Staat erfolgen soll, sagen 83 Prozent der Befragten, die eine Wahlabsicht für CDU oder CSU angegeben haben. Bei SPD und Grünen sind es jeweils 88 Prozent, bei der Linken 89 Prozent. Selbst Anhängerinnen und Anhänger von AfD und FDP wünschen sich zu mehr als zwei Dritteln einen umfassenden Sozialstaat.

Gerade Jungen ist die Rente viel wert

Bereit, **deutlich** oder **etwas höhere** Rentenbeiträge zu zahlen, wären von den Beschäftigten im Alter von ...

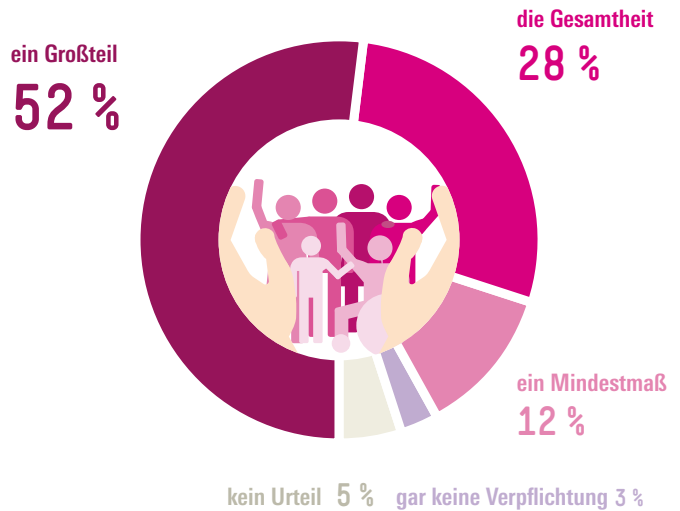


Quelle: Sozialstaats-Radar 2025

Hans Böckler Stiftung

Hoch geschätzter Sozialstaat

Dieser Anteil der sozialen Sicherung sollte nach Ansicht der Bevölkerung verpflichtend sein und automatisch erfolgen ...



Quelle: Sozialstaats-Radar 2025

Hans Böckler Stiftung

Auch dass soziale Sicherheit Geld kostet, schreckt die meisten Menschen nicht. So ist die große Mehrheit der Beschäftigten bereit, höhere Rentenbeiträge zu zahlen, wenn dafür das heutige Leistungsniveau erhalten bleibt. Gleiches gilt für Gesundheitsversorgung und Pflege.

Gerade die Jüngeren schätzen den Sozialstaat offenbar: „Allen Behauptungen zum Trotz, diese Gruppe werde von der Politik benachteiligt und habe sich innerlich vom Rentensystem verabschiedet, erklärten beispielsweise 23 Prozent der Beschäftigten unter 30 Jahren, sogar zu deutlich höheren Rentenbeiträgen bereit zu sein. Das sind fast doppelt so viele wie unter allen Befragten“, heißt es in der Auswertung.

Die meisten Befragten plädieren außerdem für eine möglichst solidarische Finanzierung des Sozialstaats. So befürworten drei Viertel der Befragten eine Ausweitung des Versichertenkreises bei der gesetzlichen Rente. 52 Prozent sind für eine Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung, die den Beitrag für Gutverdienende deckelt. Lediglich unter den Anhängerinnen und Anhängern der FDP fand sich für diesen Vorschlag keine Mehrheit. <

Quelle: AK Bremen, AK Saarland, DGB: Sozialstaats-Radar 1/2025, Januar 2025 [Link zur Studie](#)

IMPRESSUM

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin; Rainer Jung, Leiter Öffentlichkeitsarbeit der Hans-Böckler-Stiftung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen, Dr. Kai Kühne, Sabrina Böckmann, Katja Wolf

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-230

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · info@digiteam.de

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei www.boecklerimpuls.de

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls. Sie können sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an redaktion-impuls@boeckler.de.

Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe bestellen: www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter: www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

VERTEILUNG

Männer mit Milliarden und Macht

Frauen besitzen deutlich weniger Vermögen als Männer. Besonders auffällig ist dies nach einer Analyse der Hilfsorganisation Oxfam bei den Milliardenvermögen: 71 Prozent der deutschen Milliardenvermögen sind in Männerhand. „Die hohen Milliardenvermögen in den Händen weniger Männer gehen einher mit großer politischer und gesellschaftlicher Gestaltungsmacht. Diese Machtkonzentration ist nicht nur ein Problem für die Demokratie, sondern führt auch dazu, dass sich die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern insgesamt verfestigt“, erklärt Oxfam. <

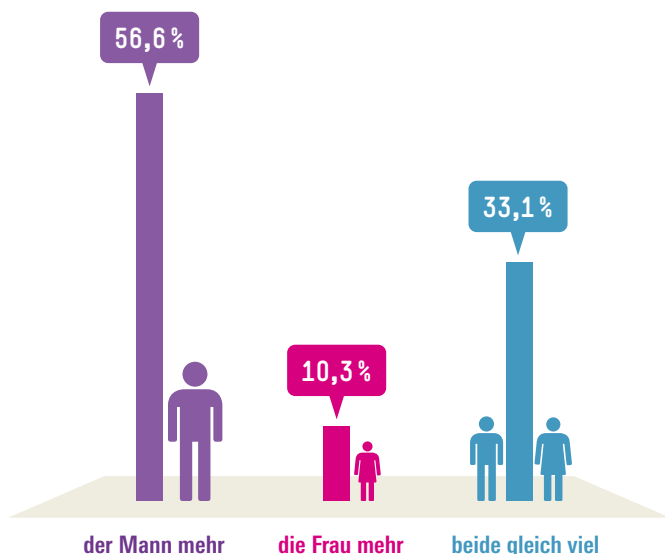


Quelle: Oxfam, März 2025

GLEICHSTELLUNG

Frauen selten Hauptverdienerin

In so vielen Paarhaushalten verdient ...



Quelle: Destatis, März 2025

ARBEITSWELT

Ohne Zugewanderte geht's nicht

So viele Beschäftigte hatten 2023 eine Einwanderungsgeschichte im Bereich ...

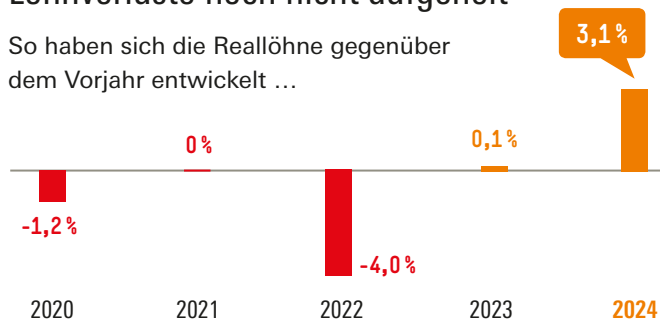
Aus- und Trockenbau	67 %
Lebensmittelherstellung	51 %
Bus-, Straßenbahnfahrerinnen und -fahrer	46 %
Gastronomieservice	45 %
Verkauf von Lebensmitteln	41 %
Hotelservice	37 %
Güterverkehr, Lkw	37 %
Altenpflege	31 %
Metallbau	30 %
Maurerhandwerk	28 %
gesamte Wirtschaft	26 %

Quelle: Destatis, Februar 2025

EINKOMMEN

Lohnverluste noch nicht aufgeholt

So haben sich die Reallöhne gegenüber dem Vorjahr entwickelt ...



Quelle: Destatis, Februar 2025